

Verbändestellungnahme zum Änderungsantrag Ads 20(25)488neu ÄÄ_Koa_GE_Anpassung_Energiewirtschaftsrecht_20/7310

Die o.g. Verbände sehen mit großer Sorge die als Teil des Gesetzesentwurfs zur Anpassung des Energiewirtschaftsrechts an unionsrechtliche Vorgaben und zur Änderung weiterer energierechtlicher Vorschriften jüngst vorgenommenen Änderungen in §§ 6, 34 Abs. 2 Satz 2 Nr. 6, 35 Abs. 1 Nr. 6 Messstellenbetriebsgesetz (MsbG).

Die sehr kurzfristig in den Gesetzesentwurf eingefügten Preisobergrenzen im Bereich des wettbewerblichen Messstellenbetreibers werden weder in der Sache noch von der Höhe her begründet und sind daher abzulehnen. Es ist nicht ersichtlich, dass darüber die erklärten Ziele der Entbürokratisierung und einer verstärkten Digitalisierung durch Mehrspartenbündelung zu erreichen sind. Die einschlägigen Erfahrungen der Marktakteure zeigen, dass die komplexen Dienstleistungen in diesem Kostenrahmen nicht zu erbringen sind.

Jedwede Regulierung darf die unionsrechtlichen und nationalen Regulierungsgrenzen nicht überschreiten. Sowohl das Messwesen als auch der Submetering-Markt sind als liberalisierte Märkte ausgestaltet. Für Eingriffe in liberalisierte Märkte gelten daher hohe Anforderungen. Der Gesetzgeber würde vorliegend die gebotene Praxis missachten, derartige Eingriffe grundsätzlich nur auf Grundlage umfassender Marktstudien und nachvollziehbarer Kosten-Nutzen-Analysen zu setzen.

Leider sind die betroffenen Verbände hierzu bisher im laufenden Verfahren nicht konsultiert worden. Es ist nicht zu erkennen, warum dieser erst nachträglich zum Zeitpunkt der ersten Lesung im Bundestag eingeführte Teil des Gesetzbündels jetzt unter Zeitdruck und ohne Verbändebeteiligung verabschiedet werden soll.

Die durch den „Änderungsantrag der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP zu dem Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung des Energiewirtschaftsrechts an unionsrechtliche Vorgaben und zur Änderung weiterer energierechtlicher Vorschriften“ (Ausschussdrucksache 20(25)488neu) **geplanten Änderungen zu den §§ 6, 34 Abs. 2 Satz 2 Nr. 6, 35 Abs. 1 Nr. 6 MsbG sollten daher unbedingt gestrichen werden.**

Wir unterstützen das politische Ziel, die Digitalisierung der Energiewende voranzutreiben und den Einsatz intelligenter Messsysteme zu beschleunigen. Als Immobilienwirtschaft, Energiewirtschaft sowie Digitalwirtschaft sind wir bereit, im Dialog mit der Bundesregierung und dem Gesetzgeber über zusätzliche Möglichkeiten zu sprechen.



Dr. Andreas Mattner
Präsident ZIA



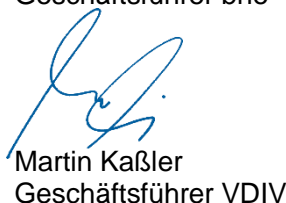
Robert Busch
Geschäftsführer bne



Axel Gedaschko
Präsident GdW



Andreas Beulich
Bundesgeschäftsführer BFW



Martin Kaßler
Geschäftsführer VDIV



Dr. Christian Osthus
Stv. Bundesgeschäftsführer IVD



Dr. Kai Warnecke
Präsident Haus & Grund



Dr. Bernhard Rohleder
Hauptgeschäftsführer
Bitkom



Oliver Geer
Vorstandsvorsitzender
ARGE HEIWAKO